

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
Nr. 223 Reichsland 1 Bl. 60 Pf. pro  
Quartal.  
Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen Postämtern  
auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Weniger, Sachsin und Preisgilt. Sohlen-  
Werbung auch auf den 1ten Monat  
bei Quartals 54 Pf.  
Inserat  
betz. Veranlassungen 2c. Zeitungs 10 Pf.,  
betz. Preisangelegenheiten und Seite pro  
Zeitung 10 Pf.

# Vorwärts

Bestellungen  
nehmen an alle Postämtern und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen.  
New-York: Soc. -druck. Weyden-  
schmidtstr. 164 Eldridge Str.  
Philadelphia: S. 408, 600 North  
3rd Street.  
J. Wash. 1129 Charlotte Str.  
Chicago: H. Gensertum, 296 Divi-  
sion Street.  
San Francisco: S. 408, 418 O'Far-  
rell Street.  
London: Roubig, 5 Nassau Street,  
Middlesex Hospital.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 25.

Mittwoch, 28. Februar.

1877.

Des sächsischen Bußtages wegen müssen  
Annoncen für die Sonntagsnummer schon  
Donnerstag Morgens bis 9 Uhr in unsern  
Händen sein, sonst können sie keine Aufnahme  
finden. Die Exped. d. „Vorwärts“.

### Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen  
deutschen Postämtern, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf.  
bei der Expedition, Färberstr. 12 11, unserm Colporteur  
Moriz Ulrich, Süßtr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des  
Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königs-  
platz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für  
Pölkensdorf, Reuditz, Reuschnefeld etc. bei Frau Engel,  
Reuditz, Ländchenweg 29, 2 Tr., für Sonnenw. bei Haderer,  
Kurze Str. 10 part., für Kleinölsch u. Umgegend bei Fleischer,  
Schloß 13 daf., für Kleinölsch bei Kirßen, Hauptstr. 7, für  
Neureuditz bei Bchau, 15 1, für Pölkens-Lindenau bei Frau  
Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Hoffis etc. bei A. Herm-  
sdorf, Lindenhaler Str. 7, für Stöcker bei Grude, An der  
Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf.,  
frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien  
Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow,  
Brunnenstr. 34, im Laden.

### Ueber Ursprung und Wesen der Sozial- demokratie

hielt Freitag vor acht Tagen Herr Regierungspräsi-  
dent von Wurm, ehemaliger Polizeipräsident zu Berlin, und  
dem größeren Publikum bekannt durch die Affaire Hessels, zu  
Wiesbaden einen Vortrag, der, wie die „Nassauische Volks-  
zeitung“ bemerkt, „ebenso sorgfältig ausgearbeitet als inhalts-  
reich und zu weiterem Nachdenken veranlassend“ war.

Der Redner — wir folgen dem Referat des genannten Blatts  
— gab zunächst einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über das  
Zutagetretene sozialistischer Ideen vom spartanischen Staat bis  
auf Thomas Morus. Hieran schloß sich eine prägnante (ge-  
drungene) Darstellung der seit dem sechzehnten Jahrhundert zur  
Weltung gelangten nationalökonomischen Systeme, des Merkantil-  
systems, des Agrarsystems, des Freihandelsystems, denen man  
in neuester Zeit als viertes, jene zu ersetzen bestimmtes System,  
das der Sozialdemokratie, des Rechtes der freien Arbeit, hinzu-  
fügen wollte. Dies führte den Redner dazu, das Aufstehen  
und allmähliche Heranwachsen der sozialdemokratischen Ideen zu  
verfolgen. Mit der „Utopia“ des Thomas Moore beginnend schil-  
derte er in kurzen Zügen die fast gleichzeitigen Bewegungen der  
deutschen Bauern und die mit christlichen (das „tauchendjährige  
Reich“ betreffende) Vorstellungen vermischten Erscheinungen der  
Wiedertäufer. Damit verschwanden sozialistische Ideen fast ganz  
aus dem deutschen Leben und der deutschen Literatur. Um so  
lebhafter setzt sich, zunächst in Schriften, die Bewegung in Frank-  
reich fort: Morely, J. J. Rousseau, Cabet (!) bereiten den Boden  
für St. Simon, Fourier, Proudhon, die der Vortragende in der  
Berücksichtigung ihrer Ideen und Bestrebungen scharf zu cha-  
rakterisieren wußte. Aus dem raschen Verfall der von diesen  
Männern ausgehenden Bewegungen, sobald die Leiter derselben  
vom Schauplatz ihrer Thätigkeit abgetreten, glaubte der Vor-  
tragende im Jahre 1862 sozialistischer Bewegung jeglicher Art  
nur kurzen Bestand prophezeien, sie von der Persönlichkeit des  
jeweiligen Leiters abhängig machen, ihr namentlich in Deutsch-  
land keinerlei Aussicht auf Erfolg versprechen zu dürfen. Allein  
gerade das Jahr 1862 wurde für den Sozialismus von der  
größten Bedeutung. Es ist des Geburtsjahr der Internationale,  
die am 5. August auf einem Verbrüderungsfest in London gegründet  
wurde (! die Internationale Arbeiter-Assoziation wurde am 28. Sept.  
1864 gegründet) und in diesem Jahre hielt Lassalle seine ersten  
Vorträge in Berlin.

Unter Napoleon wurde die Internationale in Paris groß-  
gezogen. Er benutzte (!) sie „merkwürdigerweise“ gegen die Bour-  
geoisie. In notwendig gewordenen (!) Prozessen wegen Theil-  
nahme an einer nicht anerkannten Gesellschaft wurde gegen ihre  
Mitglieder sehr glimpflich (!) verfahren. Die Folge (!) war der  
Aufstand der Commune im Jahre 1871. Der Vortragende gab  
von dieser lehrreichen (!) That der Internationale ein lebendiges  
und getreues Bild.

In Deutschland bestanden noch im Frühjahr 1870 drei sozia-  
listische Parteien: erstens die Lassalleaner, die sich wieder in  
zwei, die weibliche und die männliche Linie schieden. Sie waren  
unabhängig von der Internationale, Gegner des Striks und  
verlangten für den Arbeiter die Hilfe des Staates. Zweitens  
die von Kautzern der Internationale gegründete, das soge-  
nannte Kautzener Programm verfolgende Partei der sozia-  
ldemokratischen Republik, hauptsächlich in Sachsen. Sie predigte  
den Strik (!) und die Selbsthilfe (!). Drittens die bourgeois-  
sozialistische Partei, gegründet von den Fortschrittsmännern  
Dunder, Birchow, Schulze-Delitzsch, mit Mutterstatuten. (Armer  
Fisch Dunder und Consorten!) Ihr Organ ist die „Volkszeitung“.  
Heute ist diese Dreitheilung nur noch von historischem Werth.  
Schon Herr von Schweiger hatte dem Vortragenden  
versichert, die Schulze-Delitzsch, Dunder etc. arbeiteten  
nur für die Internationale. Das haben die letzten Wahlen  
bewiesen, wo einestheils die Fortschrittspartei unter der Arbeiter-  
bewegung keine Anhänger gefunden, andernteils die Sozial-  
demokratie sich ganz von der Fortschrittspartei losgesagt hat (!).

„Die Wahlen haben ferner bewiesen, daß unter der deutschen  
Sozialdemokratie eine tiefgehende Spaltung nicht mehr existirt.  
Sie ist allen Gegnern gegenüber einig und festgeschlossen. Ihr  
drohendes Anwachsen hat mancherlei Vorschläge zur Besserung  
herbeigeführt. Man verlangt siebenjährige Reichstagsperioden,  
Abkündigung der direkten und geheimen Wahl, zwei Kammern,  
Ausdehnung des preussischen Vereinsgesetzes über das ganze Reich.  
Der Vortragende verspricht sich von allen diesen Maßregeln  
wenig oder gar keinen Erfolg und begründet diese Ansicht in  
schlagender Weise. Auch Schule und Erziehung möchten nicht  
im Stande sein, das Uebel mit der Wurzel auszurotten.“

Die Geschichte der Commune giebt dem Vortragenden die  
Mittel, drei Punkte hervorzuheben, wodurch dem deutschen Reiche  
die nächste und unmittelbarste Gefahr von der Sozialdemokratie  
bevorstehe. Erstens: die ganze deutsche Sozialdemokratie ist  
einig und gehorcht der Internationale. Das Erste beweisen die  
Wahlen, das Zweite die Verbindung deutscher Sozialisten  
mit der Commune und die im Conseil général (?) seinerzeit  
abgedruckten Dokumente. Zweitens: In den Straßenkämpfen zu  
Paris fraternisirte die Armee mit dem Volke. Die Frage scheint  
berechtigt, ob wir der deutschen Armee ganz sicher sind, und  
wenn wir es noch sind, ob wir es bleiben werden. Die Art  
der sozialdemokratischen Agitation läßt keinen Zweifel übrig, daß  
ihre Ideen auch bereits in der Armee Anhang gefunden haben  
und noch mehr finden werden. Drittens: Aus der Reihenfolge  
der Ereignisse in Paris erkennen wir, daß die Führer der In-  
ternationale erst allmählich mit ihren wahren Plänen hervor-  
traten. Ein Gleiches geschieht bei der Agitation in Deutschland.  
Die sozialistischen Agitatoren hätten sich wohl, den ganzen Um-  
fang ihrer Ziele sofort zu offenbaren. Sie wählen die jedes-  
mal eindrucksvollsten ihrer Forderungen aus und tödten damit  
die Menge.

„Zum Schluß beantwortet der Vortragende die Frage: Was  
ist gegenüber dieser Gefahr zu thun? Nur geistige Waffen  
sind anzuwenden, polizeiliche Maßregeln würden zu  
nichts führen. Man läre das Volk über die Endziele der  
Sozialdemokratie auf. Man stelle ihm vor, was das  
Menschendasein sein würde, wenn Güter- und Frauen-  
gemeinschaft eingeführt, das Erbrecht abgeschafft, Kunst  
und Wissenschaft aus der Welt entfernt seien. So und  
nur so allein wird es das Wahnsinnige der sozia-  
listischen Lehren begreifen.“

„In diesem Zwecke aber müssen, um den gefährlichsten Feind  
des modernen Staates zu bekämpfen, alle sonstigen politischen  
und religiösen Spaltungen beseitigt werden und alle Kräfte sich  
rennlich wider die Sozialdemokratie richten.“

Dies das Resümé des Vortrags, der im „Alterthumsverein“,  
also einer „gelehrten“ oder gar „wissenschaftlichen“ Gesellschaft  
gehalten und „mit lebhaftem Beifall“ aufgenommen wurde. Mag  
sein, daß der Bericht der „Nassauischen Volkszeitung“ in manchen  
Einzelheiten ungenau ist, immerhin läßt sich daraus erkennen,  
wie die soziale Bewegung sich im Kopf eines preussischen Polizei-  
und Regierungspräsidenten abspiegelt. Daß Herr von Wurm  
von Polizeimaßregeln nichts hält, verräth eine größere Selbst-  
erkenntnis, als wir ihm zugetraut hätten, und daß er für den  
Kampf gegen uns „nur geistige Waffen“ befürwortet, ist sicher-  
lich sehr lobenswerth; aber noch lobenswerther würde es ge-  
wesen sein, wenn der Herr Polizei- und Regierungspräsident  
von den empfohlenen „Waffen“ auch Gebrauch gemacht hätte.  
Unter Bekämpfung „mit Waffen des Geistes“ ist doch unzweifel-  
haft eine wissenschaftliche Bekämpfung verstanden, d. h. der  
Nachweis, daß entweder die Grundlagen des Sozialismus, oder  
die Schlussfolgerungen, oder die Grundlagen und Schlussfolge-  
rungen des Sozialismus falsch sind — ein Nachweis, der natür-  
lich voraussetzt, daß der Nachweisende die Grundlagen und Schluss-  
folgerungen des Sozialismus erkannt und begriffen hat. Das hat  
aber unser Herr Polizei- und Regierungspräsident entschieden  
nicht gethan. Einen Theil der Unrichtigkeiten und schiefen  
Urtheile, sowie sämtlichen Blödsinn, der ihm in den Mund  
gelegt wird, wollen wir auf Rechnung des Reporters setzen;  
aber es bleiben, wenn wir dem Herrn Reporter das Menschen-  
und mehr als Menschenmögliche aufhalten, doch noch so viel  
Unrichtigkeiten und schiefe Urtheile übrig, daß wir befugt sind  
zu erklären: Herr v. Wurm hat nicht die blasseste Ahnung  
von den Prinzipien des Sozialismus und von der  
sozialdemokratischen Bewegung. Und Herr v. Wurm  
ist königlich preussischer Polizei- und Regierungsprä-  
sident! Wem fällt bei diesen „Waffen des Geistes“ nicht das  
berühmte Wort Degenstern's ein?

### Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

IX.

Wir enthalten uns, Brüdern zu geben von dem Wismasch  
von Blattheit und Drakelhaftigkeit, kurz von dem simplen Kahl-  
den Herr Dühring seinen Lesern fünfzig volle Seiten zu ge-  
nießen giebt, als nutzlose Wissenschaft von den Elementen  
des Bewusstseins. Wir citiren nur dies: „Wer nur an der  
Hand der Sprache zu denken vermag, hat noch nie erfahren,  
was abgesondertes und eigentliches Denken zu bedeuten  
habe.“ Danach sind die Thiere die abgesonderten und eigent-  
lichsten Denker, weil ihr Denken nie durch die jubringliche Ein-  
mischung der Sprache getrübt wird. Allerdings sieht man es  
den Dühring'schen Gedanken und der sie ausdrückenden Sprache  
an, wie wenig diese Gedanken für irgend eine Sprache gemacht  
sind und wie wenig die deutsche Sprache für diese Gedanken.

Endlich erlöst uns der vierte Abschnitt, der uns, außer seinem  
zerfärenden Redebrei, wenigstens hier und da etwas Greifbares  
über Moral und Recht bietet. Gleich im Anfang werden wir  
diesmal zu einer Reise auf die anderen Weltkörper eingeladen:  
die Elemente der Moral müssen sich „bei allen außerweltlichen  
Wesen, in denen sich ein thätiger Verstand mit der bewußten  
Ordnung von triebförmigen Lebensregungen zu befaßt hat, in  
übereinstimmender Weise . . . wiederfinden . . .“ Doch wird unsre  
Theilnahme für solche Folgerungen gering bleiben . . . Außer-  
dem bleibt es aber immer eine den Gesichtskreis wohlthätig  
erweiternde Idee, wenn wir uns vorstellen, daß auf andern  
Weltkörpern das Einzel- und das Gemeinleben von einem Schema  
ausgehen muß, welches . . . nicht vermag die allgemeine Grund-  
verfassung eines verstandesmäßig handelnden Wesens aufzuheben  
oder zu umgehen.“

Wenn hier ausnahmsweise die Gültigkeit der Dühring'schen  
Wahrheiten auch für alle andern möglichen Welten an die Spitze,  
statt ans Ende des betreffenden Kapitels gestellt wird, so hat  
das seinen zureichenden Grund. Hat man erst die Gültigkeit  
der Dühring'schen Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen für  
alle Welten festgestellt, so wird man um so leichter ihre Gültig-  
keit auf alle Zeiten wohlthätig erweitern können. Es handelt  
sich aber hier wieder um nichts Geringeres als um endgültige  
Wahrheit letzter Instanz. Die moralische Welt hat „so gut wie  
diejenige des allgemeinen Wissens ihre bleibenden Prinzipien  
und einfachen Elemente“, die moralischen Prinzipien stehen „über  
der Geschichte und über den heutigen Unterschieden der Völker-  
beschaffenheiten . . . Die besonderen Wahrheiten, aus denen sich  
in der Entwicklung das vollere moralische Bewußtsein und  
sozusagen das Gewissen zusammensetzt, können, soweit sie bis in  
ihre letzten Gründe erkannt sind, eine ähnliche Geltung und  
Tragweite beanspruchen, wie die Einsichten und Anwendungen  
der Mathematik. Echte Wahrheiten sind überhaupt nicht  
wandelbar . . . sodas es überhaupt eine Thorheit ist, die Rich-  
tigkeit der Erkenntnis als von der Zeit und den realen Verän-  
derungen angreifbar vorzustellen.“ Daher läßt uns die Sicher-  
heit strengen Wissens und die Zulänglichkeit der gemeineren Er-  
kenntnis nicht dazu kommen, im besonnenen Zustande an der  
absoluten Gültigkeit der Wissensprinzipien zu verzweifeln. Schon  
der dauernde Zweifel selbst ist ein krankhafter Schwächezustand  
und nichts als der Ausdruck wässer Berworenheit, die bis-  
weilen in dem systematischen Bewußtsein ihrer Richtigkeit den  
Schein von etwas Haltung aufzutreiben sucht. In den sittlichen  
Angelegenheiten klammert sich die Leugnung allgemeiner Prin-  
zipien an die geographischen und geschichtlichen Mannichfaltig-  
keiten der Sitten und Grundsätze, und gibt man ihm die un-  
abweisliche Nothwendigkeit des sittlich Schlimmen und Bösen  
zu, so glaubt sie erst recht über die Anerkennung der ernst-  
haften Geltung und thatsächlichen Wirksamkeit übereinstimmender  
moralischer Antriebe hinaus zu sein. Diese ausschließende  
Skepsis, die sich nicht etwa gegen einzelne Lehren,  
sondern gegen die menschliche Fähigkeit zur bewußten Moralität  
selbst lehrt, mündet schließlich in ein wirkliches Nichts, ja eigent-  
lich in etwas, was schlimmer ist als der bloße Nihilismus . . .  
Sie schmiedelt sich, in ihrem wirren Chaos von aufgeregten  
sittlichen Vorstellungen leichten Kaufes herrschen und dem grund-  
losen Belieben alle Thore öffnen zu können. Sie täuscht sich  
aber gewaltig: denn die bloße Hinwendung auf die unvermeid-  
lichen Sordale des Verstandes in Ferthum und Wahrheit ge-  
nügt, um schon durch diese einzige Analogie erkennbar zu machen,  
wie die naturgesetzmäßige Fehlbarkeit die Vollbringung des Zutref-  
fenden nicht auszuschießen braucht.“

Wir haben bis jetzt alle die pompösen Ansprüche des Herrn  
Dühring über endgültige Wahrheiten letzter Instanz, Souverä-  
netät des Denkens, absolute Sicherheit des Erkennens u. s. w.  
ruhig hingelassen, weil die Sache doch erst an dem Punkte  
zum Austrag gebracht werden konnte, wo wir jetzt angelangt  
sind. Bisher genügte die Untersuchung, in wie weit die ein-  
zelnen Behauptungen der Wirklichkeitsphilosophie „souveraine  
Geltung“ und „unbedingten Anspruch auf Wahrheit“ hatten;  
hier kommen wir vor die Frage, ob und welche Produkte des  
menschlichen Erkennens überhaupt souveraine Geltung und un-  
bedingten Anspruch auf Wahrheit haben können. Wenn ich sage:  
des menschlichen Erkennens, so sage ich dies nicht etwa in be-  
leidigender Absicht gegen die Bewohner anderer Weltkörper, die  
ich nicht die Ehre habe zu kennen, sondern nur weil auch die  
Thiere erkennen, aber keineswegs souverain. Der Hund erkennt  
in seinem Herrn seinen Gott, wobei dieser Herr der größte Pamp  
sein kann.

Ist das menschliche Denken souverain? Ehe wir Ja oder  
Nein antworten, müssen wir erst untersuchen, was das mensch-  
liche Denken ist. Ist es das Denken eines einzelnen Menschen?  
Nein. Aber es existirt nur als das Einzeldenken von vielen  
Milliarden vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Menschen.  
Wenn ich nun sage, daß dies in meiner Vorstellung zusammen-  
gefaßte Denken aller dieser Menschen, die zukünftigen einge-  
schlossen, souverain, im Stande ist die bestehende Welt zu  
erkennen, sofern die Menschheit nur lange genug dauert und so-  
weit nicht in den Erkenntnisorganen und den Erkenntnisgegen-  
ständen diesem Erkennen Schranken gesetzt sind, so sage ich etwas  
ziemlich Banales und zudem ziemlich Unschickliches. Denn das  
werthvollste Resultat dürfte dies sein, uns gegen unsre heutige  
Erkenntnis äußerst mißtraulich zu machen, da wir ja aller  
Wahrscheinlichkeit nach so ziemlich am Anfang der Menschheits-  
geschichte stehen, und die Generationen, die uns berichtigen werden,  
wohl viel zahlreicher sein dürften als diejenigen, deren Erkennt-  
nis wir — oft genug mit beträchtlicher Geringschätzung — zu  
berichtigen im Falle sind.

Herr Dühring selbst erklärt es für eine Nothwendigkeit, daß



lung: In Beziehung auf den Ursprung des Bösen steht uns die Thatsache, daß der Typus der Rabe mit der zugehörigen Falschheit in einer Thierbildung vorhanden ist, mit dem Umstande auf gleicher Stufe, daß sich eine ähnliche Charaktergestaltung auch im Menschen vorfindet. . . Das Böse ist daher nichts Geheimnisvolles, wenn man nicht etwa Luft hat, auch in dem Dasein der Rabe oder überhaupt des Raubthiers etwas Mystisches zu wittern. Das Böse ist — die Rabe. Der Teufel hat also keine Hörner und Pferdefuß, sondern Krallen und grüne Augen. Und Göthe beging einen unverzeihlichen Fehler, wenn er den Rephiskophes als schwarzen Hund, statt als ditto Rabe einführt. Das Böse ist die Rabe! Das ist Moral, nicht nur für alle Welten, sondern auch — für die Rabe!

### Sozialpolitische Uebersicht.

Die Thronrede, welche der Kaiser am 22. d. M. im weißen Saale zur Eröffnung des Reichstages abgelesen hat, berührt auch — allerdings recht sanft! — die mit Rücksicht auf ihre Ausdehnung und Tiefe unerhörte Nothlage der Industrie und des Handels in Deutschland. Der Kaiser las: „Leider dauert die gedrückte Lage, in welcher Handel und Verkehr sich in den letzten beiden Jahren befunden haben, bei uns wie in anderen Ländern noch heute fort. Die unausgeglichenen Erzeugnisse der verbündeten Regierungen über die Mittel, derselben abzuwehren, haben mir nicht die Ueberzeugung gegeben, daß die inneren Zustände des Deutschen Reiches einen wesentlichen Antheil an den Ursachen der Uebelstände haben, die in allen anderen Ländern gleichmäßig gefühlt werden; die Aufgabe, augenblicklichen und drückendem Mangel an Beschäftigung arbeitssuchender Kräfte abzuwehren, liegt den einzelnen Staaten näher als dem Reich. Insofern der Wiederbelebung des Verkehrs ein Mangel an Vertrauen auf die zukünftige Sicherheit der Rechtszustände innerhalb Deutschlands etwa im Wege steht, werden Sie mit mir solche Besorgnisse für unbegründet halten. Die Organisation des Reichs und der gesunde Sinn des deutschen Volkes bilden eine starke Schutzwehr gegen die Gefahren, welche anarchische Bestrebungen der Sicherheit und der regelmäßigen Entwicklung unserer Rechtszustände bereiten könnten.“

Daß dem Kaiser das arbeitslose, hungernde Volk leid thut, steht also fest; warum sollte es nicht? Daß aber die deutsche Regierung nichts, auch gar nichts für das hungernde Volk thun wird, ist durch diese Worte der Thronrede, die einzigen, welche der Kaiser der Volksnoth gewidmet hat, gleichfalls unumstößlich festgestellt. Dem französischen Volk, bei dem der Nothstand zwar auch vorhanden, aber doch lange nicht so schlimm ist, wird es voraussichtlich etwas besser gehn, als uns — die republikanische Regierung von Frankreich hat den gesetzgebenden Körperschaften eine Vorlage gemacht, welche einen Kredit von einer halben Million Francs verlangt zur Bestellung von Seidenstoffen bei den Lyoner Fabriken. In gleicher Weise sind von den Gemeindevorständen vieler Städte Nothstandskredite für die nothleidenden Seidenarbeiter in Lyon bewilligt worden. Auch gegenüber der Noth in anderen Industriebezirken Frankreichs wird die französische Regierung, nachdem sie einmal das Eingeständnis der Staatunterstützung begonnen hat, mit hilfreicher Altruismus nicht zurückhalten können. Somit wäre im republikanischen Frankreich die Pflicht des Staats, dem arbeitenden Volke bei dem Einbrechen ungewöhnlicher Nothstände beizuspringen und das Recht des Arbeiters auf Arbeit und Existenz anerkannt; das preussische Landrecht hat bekanntlich ebenfalls diese Anerkennung in sehr unzweideutige und die heutige Regierungspraxis beschämende Worte formulirt; im kaiserlichen Deutschland steht diese Anerkennung aber nur auf dem Papier des Landrechts, während die Praxis nur Versicherungen des Mitleidens und Worte, aber keine Thaten kennt. Volk, hilf Dir selbst — dann wird die Regierung Dir helfen — müssen!

Was sich die Gegner erzählen. Mit der ominösen Zahl von dreizehn Mitgliedern kommen die Sozialdemokraten in den Reichstag, sagt die „Magdeburger Zeitung“ zum Entsetzen aller alten Weiber vom starken Geschlecht, die sich durch eine solche Zahlenabstufung grübeln machen lassen. Ferner wissen sie ganz genau, daß unsere Leute ein Cartell mit den Bourgeoisdemokraten geschlossen haben, welches beiden Theilen gestattet, von dem anderen so viel Stimmen zu „leihen“, als ihnen noch zu den ihren nöthig sind, um einen selbstständigen Antrag zu stellen. Die Demokraten hätten, weiß die „Magdeburgerin“ fern, darin jedoch eine Klausel durchgesetzt, nach welcher die „Theilnahme beim Antragstellen nicht präjudizell für die Abstimmung sein soll.“ Es ist das eine lustige Gephyrogenheit von Lafer u. Co., die Anträge stellen und nach donnernden Reden für, hintennach bei der verhängnisvollen dritten Lesung, wenn nicht schon eher, dagegen stimmen. Diese Taktik hat ein literarischer Abgeordneter des preussischen Landtages dahin formulirt: „sie reden grün und stimmen blau.“ Am Ende dieses Orakelspruchs tröstet man sich denn auch mit der Hoffnung: „Wenn also die Anhänger Pöschke's Anträge über Eigentum, Familie, Ehe u. einbringen, so werden die Bourgeoisdemokraten denselben eine Anteeile von 2 Stimmen geben, aber gewiß nicht für die Anträge selbst stimmen.“ Da läme es also vor der Hand noch nicht zum „Theilen von Weib, Hab und Gut.“ Die „Magdeburgerin“ wird durch dieses Cartellmährchen gewiß manchem Segner, der bis in die tiefste Seele erschrocken war über die Annahme unserer Abgeordnetenwahl, einen schweren Stein vom Herzen genommen haben und die panische Furcht vor Nord und Todtschlag wird wohl ein wenig gemindert sein — aber im Hintergrund steht doch immer noch die Befürchtung, daß die böse, böse Frage trotzdem zur Diskussion kommt!

Die Interpellation des Abgeordneten v. Komierowski im preussischen Abgeordnetenhaus in Sachen des Redakteurs Kantedi, welche auf die Tagesordnung vom 23. ds. gesetzt war, hat folgenden Wortlaut:

Der Redakteur des „Kurzer Pöznanski“, Dr. Kantedi, befindet sich seit dem 29. November 1876 in Haft beim königlichen Kreisgericht zu Posen; die Inhaftierung erfolgte und dauert fort, weil Dr. Kantedi in Folge einer Requisition des kaiserlichen Oberpostdirektors zu Bromberg zur zeugeneidlichen Vernehmung darüber aufgefordert, von welcher Person ihm die Mittheilung über den Inhalt der vom Oberpostdirektor zu Bromberg in Nr. 213 des „Kurzer Pöznanski“ vom 10. September 1876 erwähnten, die Beschlagnahme von Briefen S. Eminenz des Cardinal-Erzbischof v. Ledochowski betreffenden Verfügung zugegangen ist, zwar bezeugt und beschworen hat, daß ihm diese Nachricht nicht von einem Postbeamten zugegangen ist, sonst aber sich geweigert hat, die betreffende Person zu bezeichnen. Der Unterzeichnete erlaubt sich königliche Staatsregierung um Auskunft zu eruchen: 1) Ist der vorliegende Fall zur Kenntniß der königlichen Staatsregierung gelangt? 2) Ist die königliche Staatsregierung geneigt, geeignete Maßnahmen zu Gunsten des inhaftirten Dr. Kantedi zu treffen?

Der Gegenstand der Interpellation ist unsern Lesern hinlänglich bekannt. Unterstützt ist sie aus den Reihen des Centrums und der Fortschrittspartei. Nach einigem ergebnislosem Hinundherreden wurde diese Sache für erledigt erklärt.

— Mobilmachung gegen den Sozialismus! Das stehende Heer von man der Gesamtbevölkerung mit aller Gewalt entfremdet und hat ihr isolirt; man hat ein sogenanntes allgemeines und gleiches Wahlrecht, aber nicht für den Soldaten, der seine 3 und mehr Jahre aktiv dient; unbedingten Gehorsam darf keine Gesellschaft ihren Obern schwören: der Fahneneid jedoch wird dem Kaiser geleistet und nicht auf die Verfassung, so daß die Regierung die Verfassung vermittelst eines Befehls des obersten Kriegsherrn brechen kann, ohne daß die verfassungstreuen Staatsbürger, — wollte sagen „Untertanen“ auch nur irgend ein Schutzmittel haben. Nun, die Nation gewöhnt sich, wie es scheint, an dies alles! Ein Zeugniß, daß man in der Gesamtheit sehr wenig über diese Frage denkt, beweist die Bahn, welche die entlassenen Militärs einschlagen, sowie sie in Militärvereine sich triffen. Der durch den Dienst subordinationsgewöhnte Geist macht diese zu Kämpfern gegen das Volk in dem politischen Leben. Aus Mecklenburg meldet man, daß der Kriegerverein der Stadt Treßin beschloss, wegen Unverträglichkeit der sozialdemokratischen Grundsätze und Ziele mit denen der Kriegervereine die Anhänger der Sozialdemokratie von sich auszuschließen. Ein Circular fordert die Mitglieder zu einer Erklärung über ihre politische Stellung auf, um auf Grund solcher Erklärungen die Ausscheidungen vornehmen zu können. Ein solche Vergewaltigung an der Meinungsfreiheit des Einzelnen ist wirklich unerhört, aber sie wird in „maßgebenden Kreisen“ gewiß nicht als große Genugthuung gebacht. In Hessen predigt man die gleiche „heilige Pflicht“, die „auf die Schädigung des Bestandes des deutschen Reiches gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen, sozialistenfeindliche Mitglieder aus dem Tempel hinaus zu werfen und in den Vereinigungen ihre Kameraden über die „Frischheit“ der Sozialdemokratie „aufzuklären.“ Eine Resolution dieses Inhalts wurde in Gießen am 18. Februar in einer Generalversammlung des dortigen Kriegervereins gefaßt und folgendermaßen begründet: Der Kampf gegen den Sozialismus innerhalb und außerhalb des Vereins sei mit aller Kraft aufzunehmen, und zwar

„in Erwägung, daß aus der Partijpresse der Sozialdemokratie zur Genüge hervorgeht, daß ihr Bestreben nicht als dahingehend bezeichnet werden kann, unter Anerkennung des Bestandes des deutschen Reiches als solchen, an dem Ausbau und Weiterbau der Einrichtungen desselben, nach ihren Anschauungen und Grundfragen zu arbeiten;

„in Erwägung, daß vielmehr ihr Bestreben dahin gerichtet ist, den Bestand des deutschen Reiches selbst zu schädigen und dasselbe und seine Einrichtungen zu verhöhnen, dem deutschen Volke und dem Ausland gegenüber herabzusetzen;

„in Erwägung endlich, daß die Sozialdemokratie in diesem Bestreben Trübsal verbreitet, welche die Grundlagen des gesammten staatlichen Lebens erschüttern.“

Widmann, eitel Widmann ist es, was wir da für gesellschaftliche Pläne in die Schube bekommen können! Was die Herren Gegner kränkt, ist unsere Wahrheitsliebe, die sich nichts vorlautern läßt und nicht Schein für Sein nimmt, die uns die Dinge bei dem rechten Namen nennen läßt, die uns nöthig, den Dingen auf den Grund zu gehen; was sie kränkt ist fern in neuester Zeit namentlich das Wachsen und fröhliche Gedeihen der Partei, das wir eben dem erwachenden Gerechtigkeitsfinn, dem schärferen Urtheil der Gesamtheit, dem wachsenden Zusammenhangsgefühl des Volkes zu verdanken haben. Auch vor der Mobilmachung dieser Armee unserer Feinde fürchten wir uns nicht im geringsten; im Gegentheil, es erfüllt uns mit Freude, daß die Kriegervereine über die sozialistischen „Frischheit aufklären“ wollen, da wird sich ja zeigen, wie weit in denselben wirkliche Aufklärung gefördert wird: ob man die Schmutzflecke der gegnerischen Verteilung beseitigen und den Sozialismus in seiner reinen, wahren Gestalt erkennen wird! Geistigen Kampf haben wir nie gescheut und brauchen ihn nun und nimmermehr zu scheuen, und so sehen wir denn auch den Angriffen unserer in den Kriegervereinen organisirten Gegner ruhig entgegen: diejenigen in ihren Reihen, welche es mit dem Sich-aufklären ernst nehmen, werden früher oder später doch die Unfrigen werden. Und nun heran! Bormwärts zum Kampf! Zeigt Ihr Mitbürger, daß Euch der Militarismus nicht Willen und Urtheil ganz genommen hat, Dinge, die für unsern Kampf so nöthig sind, wie Kanonen und Mausergewehre in der Feldschlacht!

Der verloren geglaubte Sohn kehrt wieder! Die „Vossische Zeitung“ hatte, wie wir neulich mittheilten, Max Hirsch der geheimen sozialistischen Bestimmung beschuldigt. Dagegen erhebt der zu einem verkappten Sozialisten Gestempelte in einem Schreiben Protest. Er stehe vollkommen auf dem Boden der Fortschrittspartei mit der Devise der Selbsthilfe und des Schulze-Deinlich'schen Spar- und Kreditkassenwesens. Die staatliche Commission habe er einzufügen vorgeschlagen, um den übertriebenen Angaben der Sozialisten über die Zahl der Arbeitslosen entgegenzutreten u. c.; die Commune und den Staat habe er wegen der „außerordentlichen“ Nothlage heranzuziehen für nöthig gehalten u. c. Die Tante wird wohl nun nicht mehr ihren Max in falschem Verdacht haben; sie erwidert auch gar nichts, sondern behält sich Begründung ihres früheren Urtheils vor. Wir werden hören und staunen! Natürlich waren es besonders die Forderungen Hirsch's, welche etwas annähernd Vernünftiges enthielten, die ihn in den Augen der „Vossischen“ zum Sozialisten stempelten.

Die arbeitslosen Bergarbeiter im Dortmunder Revier haben an das königl. preussische Ministerium für Handel und Gewerbe folgende Petition gerichtet:

„Seit Anfang des vorigen Jahres hat sich die Geschäftskrise vorzüglich auch in hiesiger Gegend in der Montan-Industrie sehr bemerkbar gemacht.

Ihren Anfang nehmend mit bedeutenden Lohnreduktionen auf verschiedenen Zechen und Ausfall der sonst üblichen wöchentlichen Schichten sind seit 3 Monaten Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung, deren Ende noch nicht abzusehen und welche schon jetzt die Zahl von 6000 überschritten haben und fortwährend im Wachsen sind.

Die Noth der bei dem allgemeinen Arbeitsmangel abgelegten Bergleute macht sich jetzt bereits in einer Weise fühlbar, welche weder durch die Privatwohlthätigkeit, noch durch die Hilfe der Communalbehörden gelindert, geschweige beseitigt werden kann.

Die Unterzeichneten, zum größten Theil Familienväter, sehen einer trostlosen Zukunft entgegen; ohne jegliche Arbeit und Verdienst sind dieselben außer Stande, weder ihren Privatverpflichtungen, noch den Pflichten der Gemeinde gegenüber, in welcher sie als steuerzahlende Bürger wohnen, Genüge leisten zu können.

Unter solchen Verhältnissen werden außer ihnen eine große Anzahl kleinerer und größerer Geschäftstreibenden, Kaufleute, Bäcker, Metzger u. c., in Mitleidenschaft gezogen und auch deren Ruin unsehbar herbeigeführt.

Wohl ist es uns bekannt, daß in dem letztverfloffenen Jahre an verschiedenen Orten unseres Vaterlandes durch außergewöhnliche Naturereignisse die Einwohner schwer haben leiden müssen und gegenwärtig sich noch Tausende in bedrückter Lage befinden, welche der Hilfe ebenso bedürftig sind als wir; aber der ersten Noth ist bei ihnen schon theilweise Widerstand geleistet worden, auch scheint dieselbe nicht so intensiv zu sein wie in hiesiger Gegend.

Daß bei der gegenwärtigen Sachlage im hiesigen Kohlenrevier es großer Mittel bedarf, um dauernd zu helfen, davon sind wir überzeugt; aber wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß die königl. Regierung unseres Landes im eigenen Interesse Alles aufbietet wird, was in ihren Kräften steht, um geeignete Maßnahmen zu treffen, einer allgemeinen Verarmung vorzubeugen. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, richten wir die Bitte an die königl. Regierung:

jobald als möglich durch Ausführung öffentlicher Bauten u. c. der arbeitslosen Bevölkerung Gelegenheit zu bieten, wieder bei ehrlicher Arbeit ihr Brod zu verdienen.

Dortmund, im Februar 1877.

Das Comité der arbeitslosen Bergleute.“

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe heißt Achenbach. Es ist das derselbe Achenbach, der im Vereine mit dem Finanzminister Camphausen die geniale Entdeckung machte, daß der darniederliegenden Industrie nur durch Erhöhung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne abzuhelfen sei. Welchen Erfolg die Petition haben wird, ist daher un schwer vorauszu sehen, wobei noch ganz unberücksichtigt bleiben soll, daß ein Militärsaat, wie Preußen einer ist, seinen Staatszweck in ganz anderen Dingen sucht, als in der Förderung des allgemeinen Wohls.

Nicht minder trübe wie in Deutschland nehmen sich die Arbeitsverhältnisse in Oesterreich aus. In Wien allein z. B. beträgt die Zahl der arbeitslosen Arbeiter 11,000, während 18,000 nur halbe Tagesarbeit haben. Zu der ersten Kategorie gehören insbesondere Manufaktur-, Holz- und Ledergeräth- Arbeiter, Schlosser, Austreicher, Bergolder, Maurer; zu der letzteren Arbeiter aller Branchen, Schuhmacher, Schneider, Goldarbeiter, Buchdrucker. Während in den Jahren 1872—1873 etwa 10,000 Tischlergehilfen arbeiteten, sind jetzt wenig mehr als 3000 beschäftigt.

§ 77 der preussischen Gefindeordnung gab neulich in Merseburg wieder einmal einem Kreisrichter Anlaß, einem wegen Mißhandlung durch ihre Herrschaft klagbar gewordenen Mädchen Genugthuung — zu verweigern. Eine Großmutter hatte die Zeit verschlafen und wurde in brutaler Weise geschlagen und geschlagen; aber, wie gesagt, Rechtschutz findet sie eben nicht, denn der bewußte § 77 lautet: „Reizt das Gefinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in solchem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt (wo ist die Grenze zwischen geringen und erheblichen Thätlichkeiten?) so kann es keine gerichtliche Genugthuung fordern.“ Neulich meldeten wir schon einen solchen Fall, wir halten aber für nöthig, immer von neuem auf die Mängel unserer Gesetze hinzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, den Vorwurf zu hören, wir wiederholten immer die alten Klagen: so oft eben dieselben Ungerechtigkeiten vorkommen, so oft werden wir dieselben Klagen erheben müssen, denn durch Todtschweigen werden die Mißstände nicht aus der Welt geschafft!

Man schreibt uns aus Königsberg: Gestern, Freitag, den 23. d. M., Vormittags wurde an Dr. Joh. Jacoby eine Steinoperation vollzogen, die glücklich ausgeführt wurde. Ob jedoch der 73jährige Patient im Stande sein wird, die Folgen der Operation zu überwinden, bleibt abzuwarten. Die Operation wurde durch Professor Dr. med. Schönborn mit Hilfe von zwei Assistenten vollzogen. Außerdem waren Dr. Moeller, Dr. Hay und Dr. Rosenstock dabei. Man fand und förderte zu Tage: einen Stein von der Größe einer Wallnuß und 16 — sechszehn — kleinere Steine. In letzter Nacht hat Jacoby gefiebert und schlecht geschlafen.

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Zuschrift eruchen:

Glarus, den 22. Februar 1877.

In Nr. 22 Ihres geschätzten Blattes befindet sich eine Zuschrift des Schweizerischen Arbeiterbundes in Winterthur, welches mich zu folgender Erklärung zwingt:

Es ist allerdings richtig, daß der „Freie Glarner“, wie derselbe gegenwärtig bedient wird, niemals unter die sozialdemokratische Presse gezählt werden kann. Dagegen vollkommen unrichtig ist die Behauptung, stelle sie wer da wolle, daß ich jemals für ein Blatt in liberalem Sinne oder entgegen dem sozialdemokratischen Prinzipie geschrieben habe. Auch ist meine Vertheiligung am „Freien Glarner“ schon seit Ende September vorigen Jahres gleich Null. Meine letzten Artikel, die ich für jenes Blatt geschrieben, waren eine Serie Leitartikel über ein eidgenössisches Fabrikgesetz, die kaum am dritten Abschnitt angefangen und das Haftpflichtgesetz behandelnd durch meine Abberufung unterbrochen wurden. Ich erkläre also in dieser Richtung die Zuschrift des Bundescomité als eine auf Unkenntniß der Sache beruhende und hinsichtlich meiner prinzipiellen Haltung vollkommen unrichtige. J. Heinrich Stamb.

Nach dreizehmonatlicher Haft ist der frühere Redakteur der „Chemnitzer Freien Presse“, Müller, am 23. Februar aus dem Landesgefängniß Jwidau entlassen worden. Es ist für unser Chemnitzer Partioorgan hierdurch der seltene Fall eingetreten, daß sich gegenwärtig nur zwei seiner Redakteure, Dooff und Saevcke, in Kriegsgefängenschaft befinden; doch lange wird diese Freude nicht dauern, denn Regel und Wiemer sind verurtheilt und über Bahlteich und Behold schwebt das Damoklesschwert der Anklagen.

Wie die Berliner Zeitungen melden, ist das Urtheil des Rießer Gerichts gegen Liebknecht (2 Monate Gefängniß für „Beleidigung“ des deutschen Heeres) vom Obertribunal bestätigt worden, und zwar schon am 31. Januar 1877. Dem Urtheil ist sonderbarerweise noch keine Mittheilung zugegangen.

Unter dem Titel: „Neues Rheinischer Volksblatt“ wird in Rheinisch in kurzer Zeit ein neues Partioorgan erscheinen.

### Correspondenzen.

Barmen-Elberfeld, 22. Februar. (Abrechnung über die Wahl.) Wenn wir Sozialisten hierorts auch noch hartem Kampfe nicht siegt haben, so liefert doch der Umstand, daß wir sowohl

als die Gegner weit über 14,000 Stimmen erzielten und der Compromisscandidat aller übrigen Parteien, die Ultramontanen eingeschlossen, nur 240 Stimmen mehr erhielt als Hasselmann, den überzeugenden Beweis, daß die Genossen ihr Möglichstes gethan haben.

Wir unterlagen hauptsächlich, weil die grenzenlose Arbeitslosigkeit Tausende von Arbeitern so entmuthigt hatte, daß sie aus Furcht vor Entlassung sich von Fabrikanten und Werkmessern zur Wahlurne führen ließen und gegen ihre eigene Ueberzeugung stimmten. Wir hoffen jedoch bei rascher Agitation, die Scharte im nächsten Wahlkampfe gänzlich wieder auszuweihen.

Allen Parteifreunden in Deutschland, welche uns im Wahlkampfe unterstützten, den herzlichsten Dank. Hier folgt die Aufzählung der zur engeren Wahl eingesandten Gelder: Berlin Ref. 300,00; Hamburg erste Rate 300,00; zweite Rate 400,00; Niederrad von Kempf 3,00; Essen von Strahner 16,90; Parteifreund in Greiffswald 1,50; Rente bei Danabrad von A. Säden 2,5; K. Barnhagen 4,65; Leipzig von Frau Koab 2,00; Rheda von H. Krenzlamp 12,00; Lübeck von H. Brucher 50,00; Paris von Carl Hirsch 22,40; Dessau von Rätiger 2,50; Düren von Fabry 4,50. Summa Ref. 1121,50.

#### Das Arbeiter-Wahlcomité.

Solingen. Die vereinigten Messerschleifer erklärten am 15. d. M. der Firma J. A. Henkels den Strik. Die Gründe, welche den betreffenden Verein zu diesem Entschlusse veranlaßten, sind folgende: Anfangs Dezember v. J. mußten auf Kündigung der Firma J. A. Henkels 11 Schleifer ihre Arbeit in dem Henkelschen Etablissement einstellen, theils wegen des schlechten Geschäftsganges, theils weil sie einen unmoralischen Lebenswandel geführt haben sollten. An und für sich läßt sich gegen diese Maßregel nichts einwenden, da es ja jedem Arbeiter angenehm ist, nur mit ordentlichen Menschen zusammen zu arbeiten. In letzter Zeit bemerkte man jedoch, daß dieser Kündigung andere Motive zu Grunde lagen, als die angegebenen. Die Firma J. A. Henkels begann nämlich in letzter Zeit Meister anzustellen, welche für Tagelohn arbeiteten, und erlaubte denselben, die Arbeiter, welche vor Weihnachten aus moralischen Rücksichten entlassen worden, wieder als Gehälfen anzunehmen. Man sieht hieraus deutlich, daß die Bestrebungen genannter Firma darauf hinauslaufen, die Grundlagen des Messerschleifer-Vereins zu untergraben, indem sie sich für die Folge unabhängig von den Beschlüssen der vereinigten Messerschleifer zu stellen sucht, und zwar dadurch, daß sie vor und nach eine Tagelohn-Schleiferei einrichtet, welche es ihr möglich macht, sich für die Folge den Striktes zu entziehen und die Preise zu drücken. Wenn die Bestrebungen dieser Firma durchgingen, so würde es nicht lange dauern, und die Firma J. A. H. würde sämtliche Messer im Tagelohn oder solcher Accorarbeit schleifen lassen, die ganz und gar die Bestrebungen der Messerschleifer, nur nach geregelten Preisen zu arbeiten, durchkreuzen würde. Und nicht lange würde es dauern, und andere hiesige größere Fabrikanten würden auf der betretenen Bahn folgen. Es droht hierdurch nicht allein den Arbeitern eine große Gefahr in Betreff der Preisherabsetzung und vollständigen Knechtung unter die Lanze des Fabrikanten: auch die kleinen Fabrikanten, welche heute noch in gleichen Rechte mit den größeren stehen, würden für die Folge nicht mehr die Concurrenz dieser Großfabrikanten, welche durch die Tagelohnarbeit billiger fabriciren, ertragen können und unfehlbar zu Grunde gehen. Man kehrt also, daß der Messerschleiferverein, will er das Interesse seiner selbst, sowie aller Arbeiter und kleinen Fabrikanten wahren, vollständig gezwungen war, zum Strik zu greifen und die unangenehmen Vorkommnisse desselben auf sich zu nehmen. Es ist deshalb Pflicht jedes Arbeiters, mit aller Kraft für den günstigen Ausfall dieses Striks einzutreten.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Braunschweig, 20. Februar. Nach mehr als anderthalbjähriger Voruntersuchung ist gegen den Chef der Herzoglich-Braunschweigischen Landes-Lotterie-Verwaltung, Hermann Wolff, die Anklage wegen Betruges von der Herzoglichen Staatsanwaltschaft in Braunschweig erhoben worden. Herr Wolff ist auf freiem Fuße und sein Name paradiert nach wie vor auf den Braunschweigischen Lotterielisten. — Für diejenigen, welche in der Braunschweigischen Lotterie spielen, sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß die Braunschweigische Lotterie nur dem Namen nach noch unter Herzoglicher Direction steht. Das Institut ist seit mehreren Jahren an Privatpersonen verpachtet, welche dabei Millionen verdient haben und unter der Firma „Herzogliche Landes-Lotterie-Direction“ ihre Geschäfte betreiben.

Altenburg, 20. Februar. Herr Präsident Wagner, der Vertreter Altenburgs im Reichstag, hat heute die lange angekündigte Rede über seine parlamentarische Thätigkeit gehalten, sie hielt jedoch zu wenig Merkwürdiges, um hier genauer erörtert zu werden. Der Herr begann zunächst mit einer für ihn freilich notwendigen, an unsern Ohren aber wirkungslos vorüber raschenden Rechtfertigung des Justizgesetzcompromisses, erkannte, wie überhaupt jemand etwas gegen denselben haben könne und versicherte später, daß Deutschland jetzt so mächtig sei, jedem seiner Staatsangehörigen im Auslande Sicherheit verschaffen. Im Allgemeinen drückte er sich anständig aus, brachte keine gefährlichen Angriffe gegen uns vor, wie früher Birnbaum, sprach aber ungehörig so, wie Demosthenes, ehe er ein Redner war. Nun, es ist nicht jedermanns Sache, auf freiem Felde seinen Nebelsatz zu üben, oder Versuche zu machen, mit seinem Organ das Tosen des Meeres zu überhören. Wir machen dem Herrn nur seine Parteilichkeit zum Vorwurf und deshalb bekämpfen wir ihn, halten ihn aber sonst für einen Ehrenmann. — Trotz unserer neutralen Warnung gefährdete Meister Hämmerlein (Advokat Hammer, Martel u. f. w.) wieder seine Praxis, da er die übliche Reihe von Worten wie Nadel anzubringen suchte. Der liberalen Taktik gemäß war diese Versammlung vom städtischen Verein in die Hand genommen und wurden nur Reichstreue eingeladen, um jeder Diskussion vorzubeugen. Dadurch aber zeigen die Liberalen offen, daß sie ihre Sache für faul halten, daß sie uns fürchten, und wenn hier Wagner mit der liberalen Kampfweise nicht einverstanden sein wollte, so müßte er jedermann frei und offen Rede stehen. Das hat er nicht gethan und das werfen wir ihm vor!

Parteilichkeiten! Aus vorstehendem Bericht seht Ihr, daß wir es hier mit Feiglingen zu thun haben, die ihre Sache nicht offen zu vertheidigen wagen. Weil sie es verstanden, uns jedes größere Volk zu versperren, haben sie mehr Anhang als wir. Der Altenburger Zeitungsaltschach warnt vor uns, schimpft auf uns, drückt alle Separatisten gegen uns nach und wir besitzen kein Mittel zur Vertheidigung. Parteilichkeiten, das darf nicht fern sein! Wir haben uns gesagt, daß die Zunahme um 500 Stimmen ein nennenswerther Fortschritt ist. Nächstdmal müssen wir siegen und uns schon jetzt durch Gründung eines Blattes einen überall hindringenden Agitator schaffen. Benutzen wir die Spannung, welche noch von der Wahl her herrscht! Alle Kräfte werden wir anheben müssen, unser Blatt einzu-

bürgern; geschieht das, so stehen wir zur nächsten Wahl anders da! Also vorwärts! Bei dem guten Geist, bei 4500 Wählern müssen wir mit energischem Vorgehen unser Ziel erreichen. Aber auch Jeder muß zu Opfern bereit sein! Wir haben, um das nöthige Geld zusammenzubringen, Schuldscheine nach folgendem Muster drucken lassen:

#### Schuldschein Nr. ...

für den Fond zur Herausgabe einer sozialdemokratischen Zeitung. Von Herrn ... ist uns zur Kostendeckung bei Herausgabe einer Zeitung ein Betrag von Mark ... als Darlehen bewilligt und baar ausbezahlt worden unter der ihm wohlbekannten Bedingung, daß eine Verzinsung wie Rückzahlung nur bei sich einfindender Rentabilität des Unternehmens successive stattfinden wird.

Altenburg, den ... Das Comité: Wir wissen, daß Jeder sein Möglichstes thun wird. Nach Pfennigen darf diesmal nicht gezeichnet werden, es müssen Mark sein!

Genossen! Was nie begonnen wird, wird nie erreicht! Ein Sturm der Begeisterung muß die Arbeiter erfassen! Nicht wahr? Ihr habt gelesen, wie in der großen französischen Revolution jeder Mann die Waffen ergriff, wie Greise die Jünglinge anfeuert, Jungfrauen ihre Schmuckkästen opferten! Wie? Wenn wir wollen, ernstlich wollen, sollten wir in Altenburg, wo die Leute nicht mehr so dumm sind, nicht unser Ziel erreichen? Und es giebt ja hier auch noch Männer von 48, die sich jetzt der Sache fern halten, für die sie früher eifrig stritten. Diese auch müssen wir um unser Banner sammeln! Denn sicher sind sie nicht Alle so! Wenn sie sehen, wie ihre einstige große Göttin, die Freiheit, die sie einst angebetet, verjüngt aufersteht, so werden sie wieder zu ihr stehen.

Ja, Genossen! Wir siegen! Im Lande Thomas Münzer's muß der Sozialismus seinen Triumph feiern, wir dürfen nur unsere Kraft einsehen. Und wenn es wirklich einige giebt, die das Gelingen bezweifeln, wohlun, zeigen wir ihnen, was für ein Vertrauen wir in unsere Kraft setzen, durchbringen wir sie mit unserer Kraft.

Unser Blatt soll möglichst bald erscheinen! Alle Parteigenossen unseres Herzogthums, Alle, die den Fortschritt der Menschheit ernstlich wollen, mögen uns nach ihren Vermögen Geld auf obige Scheine leihen. Redaktion und Expedition werden gratis beorgt. Genossen! Gebe Keiner zu wenig. Gelder sind zu senden an den Kassirer Franz Köpcke, Nikolaiskirchhof 27. Briefe an W. Thiemann, Markt 8.

Und nochmals, Parteigenossen! Jetzt wollen wir uns geloben, den faulen Liberalismus aus Altenburg auszurotten, bei der nächsten Wahl lösen wir unser Gelöbniß ein. Und nun vorwärts, Genossen! Thue Jeder das Seine!

Hugo Grünwald.

NB. Der „Grimmitzhauer Bürger- und Bauernfreund“ wird um sofortigen Abdruck gebeten.

Aus dem 14. sächsischen Wahlkreis. Die Wahlen sind vorüber und war das Gesamtergebnis am 10. Januar, Geiser 3868, Heinrich 3367 und Scharf 3787 Stimmen. Bei der Stichwahl zwischen Geiser und Heinrich, wo unsererseits etwas mehr agitirt wurde, erhielt Geiser 6824, Heinrich 8226 Stimmen. Es haben also die vereinigten Gegner, welche mit aller Macht gegen uns vorgingen, ihren Heinrich mit nur 1402 Stimmen Majorität durchgebracht. Parteigenossen, mit Zufriedenheit können wir auf den beendeten Wahlkampf zurückblicken, denn die 1402 Stimmen gehören bei guter Agitation in 3 Jahren uns! Kämpfen wir rastlos weiter, so ist der Sieg nächstmal unser. Sämmtliche Städte unseres Kreises haben mit erfreulichen Ziffern das Wachsen unserer Partei bewiesen, nur die Stimmabgabe der Landbevölkerung, welche sich noch immer von den Theilungslügen behörden läßt, war mangelhaft. Wo die wirklichen Theiler zu suchen sind, zeigt folgendes Vorkommniß, wovon wir die Mittheilung der „Dresdener Nachrichten“ beifügen:

„In dem Vermögen des Erbgrafen von Schönburg ist vor dem Appellationsgericht zu Jwidau der Concurs eröffnet worden. Derselbe hat geradezu unglückliche Resultate ergeben. Wie man sieht, wo sich der Concurs seinem Ende nähert, erkennt, belausen sich die Schulden des Herrn Erbgrafen auf 1,800,000 Mark, denen Aktiva im Betrage von 3000 Mark gegenüber stehen. Davon werden nicht einmal die Prozeßkosten gedeckt. Vor ungefähr 3 Jahren wurde der Herr Erbgraf bereits einmal durch einen ersten hiesigen Advokaten „arrangirt“. Damals betrug seine Schuldenmasse 1,200,000 österreichische Gulden. Der Herr Erbgraf, mit einer Fürstin von Windischgrätz vermählt, lebt nämlich in Graz. Nachdem der hochbetagte Vater des verschwenderischen Grafen erkannt hatte, daß sein Sohn ein unverbesserlicher Schuldenmacher sei, hat er, wie wir aus vorzüglicher Quelle vernehmen, unter Zustimmung des Lehnsherrn und der sonstigen Verwandten, ein Testament gemacht, wodurch der Erbgraf enterbt und der zweitgeborene Sohn zum Universalerben eingesetzt ist. Nach der Verfassungsurkunde genießen die Fürsten und Grafen von Schönburg das Recht, über das bürgerliche Erbrecht hinausgehend, derartige Testamente abzufassen, sobald nur gewisse äußerliche Bedingungen erfüllt sind. Dem 85-jährigen Grafen von Schönburg liegt natürlich die Ehre und Zukunft seines Hauses am Herzen: die Gläubiger des enterbten Erbgrafen werden freilich ein verduhtes Gesicht machen.“

Dieser edle Herr war der Erbe des Schlosses Rochsburg zwischen Lunzenau und Penig, sowie eines Schlosses in Glauchau u. f. w. Die angegebene Schuldsomme begreift natürlich nur die Gläubiger in sich, die sich gemeldet haben; es dürfte noch viele geben, die dabei nicht mitgezählt sind, da der Herr Erbgraf in verschiedenen hiesigen Klassen nicht nur, sondern auch bei einzelnen Landleuten enorme Summen zusammen zu borgen geurtheilt haben. Das ist die Gleichheit vor dem Gesetz, daß diese Herren gesetzlich ihren Gläubigern ein Schnippchen schlagen können. — Eine weitere Benachtheiligung des Publikums geschieht derzeit durch den sich vollziehenden Auflösungsprozeß des nach Schulze-Delischs Recept von Baubirektor Fröhner gegründeten Spar- und Creditvereins, der sehr weit verzweigt ist und unter andern auch von dem Wechselburger Creditverein 90,000 Mark erborgt hat, wovon nicht einmal Zinsen gezahlt sind; ob das Kapital abgetragen wird, ist sehr unbestimmt. — Das sind zwei Proben von der brutalen, wirklichen Theilerei, die die Bourgeoisie ausübt!

Darmstadt. (Allgemeiner deutscher Löpferverein.) Es ist den Mitgliedschaften des Vereins bekannt, daß in Wiesbaden seit dem 4. Januar ein Strik ausgebrochen ist, da aber bis jetzt die meisten Mitgliedschaften ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, so bitte ich dringend, die Unterthungen, sowie Mitgliedsbeiträge einzuschicken. Die Vereinskasse ist erschöpft. Ueber den Streit im Vorstande muß die nächste Generalversammlung entscheiden, da eine Verständigung noch nicht erzielt ist. Ferner bitte ich nochmals die Mitgliedschaften, Vorschläge für den Vorort so bald wie möglich bei mir einzuschicken.

Zol. Kienzle, Revisor, Schützenstr. 8.

Briefkasten  
der Expedition. G. Lohberg Solingen: Cassa erbeten. Netto R. 11,00. Porto 50 Pf.  
Luftung. Schuhmacher-Gewerkschaft hier Ann. 0,00. Hmg Hensburg Ab. 0,80. Hf. Röhrtroff Schr. 1,20. Hf. hier Ab. 3,20. Hf. Connewitz Ab. 3,20. Mr. Bräwede Schr. 7,50. Ab. Cottbus Schr. 9,80. Red. v. Bubelhoff Brau Ab. 3,10. Staben Furtwangen Ab. 0,80. Rind München Schr. 2,00. W. Christophsgrund Ab. 9,00. Mr. Goppobjanc Ab. 3,30. Arbeiterbildungsverein Märzzuschlag 2,31. Endrs Augsburg 100,00. Elmar Frankfurt Schr. 51,20. H. Sonnenberg Schr. 8,75. Wagn. Reustadt Ab. 4,40. H. Delms Schr. 4,00. F. H. Wählheim Schr. 6,55. Krnt. Bielefeld Schr. 3,00.

Herrn Ph. Kollinger, Bijouteriewaaren-Fabrikant, Große Sandgasse 25 in Frankfurt a. M., fordere ich, da derselbe auf an ihn gerichtete Briefe nicht mehr zu antworten beliebt, auf diesem Wege auf meinem brieflich mitgetheilten Verlangen ungehindert nachzukommen.  
F. Pröbstl, München.

#### Fonds für Gemahregelte.

Von Hadrl. Köhnpf d. L. 1,39.

#### Wahlfonds.

Von E. hier 1,50, v. Scapitel b. L. d. 0,70.

Leipzig. Donnerstag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in der „Tonhalle“:

## Volkerverammlung.

Tagesordnung: Die Wahlagitation im 17. sächsischen Wahlkreis und die liberale Presse. Referenten Liebknecht und Rauert. [90  
Der Einberufer.

Leipzig. Dienstag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr im „Gosenthal“:

## Volkerverammlung.

Tagesordnung: Wie befreien wir uns von der Pressecorruption. Referent Geiser. [90  
Der Einberufer.

Dsnabrück. im Saale des Hrn. Kahlmann, Alte Ränge 21:

## Öffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Abrechnung. Wahl eines Agitations-Comités. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [90  
F. Krowiars.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. März d. J. beginnt ein neues Monatsabonnement auf

## Die Fackel.

Volkorgan für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar d. J. vorläufig wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in jeder Nummer einen gediegenen Leitartikel, eine ausgewählte politische Uebersicht, die wichtigsten Volksnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Ständesammlungen, den Eisenbahnfahrplan u.; ebenso ist im Feuilleton für eine wirklich gute Unterhaltungslektüre gesorgt. Inserate, welche bei dem großen Vertriebsnetze des Blattes von ausgezeichneter Wirksamkeit sind, werden pro Zeile nur mit 10 Pf. berechnet. Abonnementpreis pro Quartal 1 M. 60 Pf., für Monat März 60 Pf. zwel. Pringerlohn. In zahlreichem Abonnement, sowie zur Einlieferung von Inseraten fordern auf

#### Redaktion u. Expedition der Fackel.

Leipzig, Al. Fleischergasse 15 part.

NB. Abonnements werden von allen Postanstalten, in unserer Expedition, bei unseren Colporteurs, sowie in den bekannten Filialen entgegengenommen.

## Statistische Tafel

der  
sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Wahlergebnisse (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Kandidaten aufgestellt waren, unter Einschluss der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.

Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Weib, Ködigsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

## Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, komplett

ann erst mit Ende März d. J. versandt werden. Mehrere Nummern sind total vergriffen und ist Nachdruck nicht eher möglich, da unsere neue Maschine früher nicht eintrifft und laufende Aufträge unserer ganze Kraft in Anspruch nehmen.

Wir empfehlen also lieferbar wie oben angegeben:

#### Die Neue Welt.

Erster Jahrgang, 1876, komplett.

Preis: angebunden 5 M., in elegantem Einbände 7 M. 50 Pf. franco.

Die Einbände tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlages, darstellend:

#### „Die Befreiung der Menschheit“.

Diese eleganten Einbände sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Janzen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einlieferung des Betrages in Briefmarken.  
Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt“.

Haaberstr. 12. II.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

#### Zur

Grund- und Bodenfrage  
von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig.  
Redaktion und Expedition: BarbstraÙe 12/11. in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.